

# Ist der Schuldentransfer der Euro-Länder nichts anderes wie die Finanzausgleichszahlungen in Deutschland?

Eine Nach- und Denkhilfe für die Agitatoren in Politik und Medien in Sachen Euro

Von Hermann Patzak

Wer den Streit um den Wert des Euro in der EU verfolgt, dem ist die Argumentation nicht unbekannt. Zwischen den Bundesländern findet bekanntlich ein „Finanzausgleich“ statt, bei dem die „reichen Bundesländer“ (Bayern und Baden-Württemberg z.B.) an die armen (Berlin, Mecklenburg Vorpommern, Sachsen-Anhalt z.B.) Ausgleichszahlungen leisten. Die Schlussfolgerung aus dem Vergleich lautet dann: Wer die innerdeutschen Transferzahlungen gutheißt, der könne die Transferzahlungen der „reichen“ europäischen Volkswirtschaften an die armen nicht ablehnen.

Dieser Vergleich orientiert sich allein an der Tatsache der Transferzahlung, die ja in beiden Fällen (innerhalb der Euro-Staaten als auch innerhalb Deutschlands) stattfindet. Ein mit den ökonomischen Zusammenhängen nicht vertrauter Zuhörer oder Leser wird aus diesem Grund geneigt sein, den Vergleich zu akzeptieren. Aber die (scheinbar) gleichen Fakten sind im ökonomischen Ursache-Wirkungszusammenhang ganz unterschiedlich zu bewerten. Der Vergleich ist ein unzulässiger „Taschenspielertrick“, wie wir gleich sehen werden. Doch bleiben wir zuerst einmal bei den Fakten: Tatsache ist, dass Deutschland der mit Abstand größte Nettozahler in der EU ist<sup>1</sup>:

1	2	
1999-2008	Nettozahlung	
Nettozahler	in Mio. €	
Deutschland	70.100	
England	44.600	
Frankreich	23.900	
Niederlande	20.300	
Italien	19.300	
Summe NeZa	178.200	
Nettoempfäng.		
Irland	-13.000	
Polen	-15.700	
Portugal	-25.800	
Griechenland	-44.200	
Spanien	-62.000	
Summe	-160.700	

Die Tabelle zeigt die fünf größten Nettozahlungsländer in der Zeit von 1999 bis 2008 und die fünf größten Nettoempfängerländer der EU. Die Nettozahlungen Deutschlands sind größer als die Englands und Frankreichs zusammen.

Eine ähnliche Tabelle ließe sich für die Bundesländer erstellen, die ihre jährlichen Finanzausgleichszahlungen leisten bzw. empfangen.

Wenn wir die beiden Transferzahlungen (innerhalb der EU und Deutschlands) in ihren jeweiligen volkswirtschaftlichen Zusammenhang stellen, müssen wir feststellen, dass es innerhalb der EU und der Euro-Union mit den Transferzahlungen noch lange nicht abgetan ist. Denn nicht nur

- die deutschen Steuergelder sind in die „armen EU-Länder“ geflossen, es kam hinzu, dass
- die deutschen Unternehmen mit der Einführung der gemeinsamen Euro-Währung von jetzt an nicht mehr in gleichem Maß in Deutschland investierten wie zuvor! Sie bevorzugten von da an jene Euro-Länder, in denen die Lohnkosten niedriger als in Deutsch-

<sup>1</sup> Quelle: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 08.05.2010 Seite 14.

land waren. Mit dem Euro war nämlich auch das Währungsrisiko – dass die ausländische Währung abgewertet werden konnte – weggefallen. Die deutschen Unternehmen (das deutsche Kapital – sofern die die in Deutschland ansässigen Unternehmen überhaupt noch den Deutschen gehören – ) erzielten im Euro-Ausland eine höhere Rendite als in Deutschland. Das aber heißt nichts anderes, als dass die Investitionen in Deutschland und damit die Arbeitsplätze weniger wurden!

- Hinzu kamen noch die Kreditströme deutscher Banken in die Euroländer, während gleichzeitig deutsche Unternehmen – vor allem Mittelstands-Unternehmen – unter einer anschwellenden Kreditklemme litten. Die Folgen der Kapitalabwanderung aus Deutschland zeigten sich im verminderten Wirtschaftswachstum Deutschlands im Vergleich zu den um ein Mehrfaches höheren Wachstumsraten in den peripheren Euro-Schuldenländern.
- Diese haben eine ganz neue Art von Transferzahlungen zur Folge: Jetzt müssen wir auch noch die Kredite bezahlen, die jene Nettoempfängerländer mit Hilfe unserer Transferzahlungen und Leistungen eingegangen sind. Eine solche Art von Transferzahlungen hat es noch nie – auch nicht bei den Bundesdeutschen Ländern gegeben! Die Bayern oder Baden-Württemberger würden sich sehr bedanken, wenn sich die Sachsen oder Saarländer z.B. mit den Länderfinanzausgleichszahlungen so hoch verschulden würden, dass sie auch noch die Kredite der Transferempfänger bezahlen müssten.
- Schließlich kommt auch noch hinzu, dass die überschuldeten Euro-Länder die gemeinsame Euro-Währung dazu missbrauchten, sich unter Anleitung der internationalen Finanzindustrie bis zur Zahlungsunfähigkeit zu verschulden, wodurch sie für das Entstehen der Weltfinanz- und Weltwirtschaftskrise in gleicher Weise mitverantwortlich sind wie die US-Regierung mit ihrer Niedrigzinspolitik, die zur Geldvermehrung und Blasenbildung auf dem US-Immobilienmarkt führte. Den Bankengläubigern wollen die Politiker die Verluste nicht zumuten, weil dies einen allgemeinen Wirtschaftszusammenbruch zur Folge haben könnte, den dummen Steuerzahlern – von denen die Deutschen als größte Volkswirtschaft den Löwenanteil übernehmen müssen – aber muten sie es sehr wohl zu!

Von Deutschland – seinen Steuerzahlern – jetzt zu verlangen, die Schulden der zahlungsunfähigen Euro-Länder zu begleichen mit dem Argument, dies sei ein Gebot des europäischen Solidaritätsgedankens, ist schlichtweg eine Frechheit. Im innerdeutschen Finanzausgleich kommt diese neue Art der Transferzahlung, der Schuldentransfer, gar nicht vor! Der Vergleich des angestrebten Schuldentransfers innerhalb der Euro-Union mit den innerdeutschen Transferzahlungen beweist allzu deutlich den ökonomischen Unverstand seiner demagogischen Urheber. Oder möchten sie mit dem Vergleich den wahren Sachverhalt verschleiern?

Die Deutschen wären gut beraten, ihre „Führungseliten“, die bewusst oder kraft ihres Unvermögens mit solch dummen Vergleichen die Schuldenabwälzung auf Deutschland rechtfertigen wollen, ihrer Verantwortung zu entbinden.